ZUMA PRESS / IMAGO

Strongman-Wettkämpfer in Kalifornien

DOPING

Anabolika beim Fassweitwurf

Die stärksten Athleten Deutschlands können Baumstämme werfen, Felsbrocken heben und Lkw ziehen. Die notwendige Kraft für diese drei Disziplinen wird den sogenannten Strongmen allerdings gelegentlich aus dem Chemielabor geliefert. Rund 450 Ampullen Anabolika, andere Präparate und Unterlagen haben Zollfahnder unter anderem bei einer Razzia in einer bayerischen Sportschule entdeckt, die als offizielles deutsches Kraftdreikampfleistungszentrum und als Strongman-Stützpunkt bekannt ist. Die Dopingmittel wurden in insgesamt 19 Studios und Wohnungen in Bayern und Sachsen sichergestellt. Zu den Verdächtigen zählen auch Athleten des Leistungskaders in der Disziplin Steinheben. Ihnen wird der Handel mit illegalen Muskelaufbaupräparaten vorgeworfen. Die Fahnder der Soko „Vitalis“ waren Mitte vergangenen Jahres auf die Beschuldigten in der Strongman-Szene aufmerksam geworden. Das Kräftemessen, das auch die Kategorie Fassweitwurf einschließt, war zunächst als TV-Spektakel in den USA konzipiert worden, hat sich aber als Sportart mit eigenen Wettkämpfen auch in Deutschland etabliert. Der Wunsch nach dicken Muskeln geht offenbar zu Lasten der wahren Manneskraft. Zwischen den Aufbaupräparaten fanden die Ermittler zudem eine größere Menge Potenzmittel.

NAHOST

Westerwelle verprellt Palästinenser

Die palästinensische Regierungsspitze fühlt sich von Außenminister Guido Westerwelle hinters Licht geführt. Der hatte bei einem Besuch in Ramallah Anfang Februar angekündigt, dass die palästinensische Generaldirektion in Berlin aufgewertet und von einem Botschafter geführt werden solle. Im Bundestag hatte er sogar von einer „diplomatischen Mission Palästinas“ gesprochen, was die Anerkennung eines palästinensischen Staates impliziert. Davon ist der Minister wieder abgerückt. In einer sogenannten Verbalnote des Auswärtigen Amtes an die palästinensische Regierung heißt es nun, der Leiter der palästinensischen Mission dürfe sich Botschafter nennen, falls die Palästinenser das wollten. Daraus ergäben sich aber „keinerlei zusätzliche Privilegien oder Immunität“. Die Regierung von Präsident Mahmud Abbas will nun darauf pochen, dass Westerwelle sein Versprechen auch umsetzt. Westerwelles Rückzieher hat wohl damit zu tun, dass Kanzlerin Angela Merkel die Aufwertung der palästinensischen Vertretung für verfrüht hält.

XINHUA / EYEVINE / PICTURE PRESS

Westerwelle, Abbas in Ramallah

NORDRHEIN-WESTFALEN

Braunkohle noch in 40 Jahren

An Rhein und Ruhr wird es auch über das Jahr 2050 hinaus die als besonders umweltschädlich geltenden Braunkohlekraftwerke geben. Das ist das Ergebnis einer Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag des nordrhein-westfälischen Landesumweltministeriums. Die Forscher haben Zahlen von RWE ausgewertet und kommen zu dem Ergebnis, dass der Energiekonzern bis zum Jahr 2030 bis zu neun neue Kohlekraftwerke bauen könnte, die bis über das Jahr 2050 hinaus laufen würden. Kurz vor der Neuwahl in NRW befeuert das Gutachten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern SPD und Grüne über die richtige Energiepolitik für das Land. Die SPD überlegt nun sogar, neue Braunkohlekraftwerke speziell zu fördern. „Wir brauchen eine gesicherte Energieversorgung, bis genügend regenerativer Strom zur Verfügung steht“, sagt Fraktionschef Norbert Römer. Dafür habe man schließlich die einheimische Braunkohle. Den Grünen hingegen geht der Ausbau erneuerbarer Energiequellen viel zu langsam, Nordrhein-Westfalen hinkt bundesweit bei der Stromgewinnung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse deutlich hinterher. Der grüne Umweltminister Johannes Remmel warnt: „Die Klimaschutzziele der Bundesregierung sind in Gefahr, wenn in NRW jahrzehntelang weiter auf die umweltschädliche Verbrennung von Braunkohle gesetzt würde.“